

Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 21.-22. März

(Stand: 22.03., 15:30 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Neu haben wir für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Tatjana Pushina, t.pushina@oa-ev.de, Tel: 030-206167128.

Phoenix-Interview mit Michael Harms: Deutsche Unternehmen in der Ukraine unterstützen

Der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Michael Harms, hat Unterstützung für Unternehmen gefordert, die nach wie vor in der Ukraine tätig sind. Bei Phoenix sagte Harms: „Deutsche Unternehmen verhalten sich absolut vorbildlich, dort wo es geht. Vor allen Dingen in der West-Ukraine, produzieren sie weiter, zahlen weiter Löhne, versorgen die Bevölkerung, das ist einfach fantastisch. Wir sollten alles tun, diese Unternehmen zu unterstützen, damit sie gerade in dieser kritischen Phase, wo es der Sicherheit nach noch geht, ihre Geschäfte fortführen können.“ Dies sei von Bedeutung, „um die Menschen in der Ukraine zu versorgen und um ihnen auch Hoffnung zu geben, das ist enorm wichtig in diesen Tagen.“

Die Ukraine sei ein wichtiger Zulieferer für die Automobilindustrie auch für einige andere lohnintensive Branchen, ebenso wie für landwirtschaftliche Produkte wie Getreide oder Sonnenblumen. Hier seien bereits Einschränkungen zu spüren. Auch auf die Logistikbranche habe der Krieg in der Ukraine erhebliche Auswirkungen. „Achtzig bis hunderttausend LKW-Fahrer aus der Ukraine fehlen, vor allem bei polnischen und bei Frachtführern aus dem Baltikum. Das ist ein großes Problem, deswegen stocken die Logistik-Ketten, das spürt der gesamte osteuropäische Markt“, so Harms.

Hier das vollständige Interview von Michael Harms auf Phoenix:

[phoenix tagesgespräch mit Michael Harms zu möglichen Sanktionen im Ukraine-Krieg am 22.03.22 - YouTube](#)

Statement des Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Oliver Hermes zum Russland-Geschäft deutscher Unternehmen im Rahmen von Sanktionen:

„Die in Russland engagierten deutschen Unternehmen setzen die Sanktionen gegen Russland wie schon seit 2014 vollständig und buchstabengetreu um. Dennoch werden immer wieder pauschale Vorwürfe gegen deutsche und europäische Unternehmen erhoben, die weiter in Russland aktiv sind. Diese Kritik ist unberechtigt. Ziel der westlichen Sanktionspolitik, die wir ausdrücklich unterstützen, ist eine Verhaltensänderung der russischen Führung, nicht die völlige Zerstörung der russischen Wirtschaft und die Verarmung der Bevölkerung. Auch der vollständige Abbruch europäisch-russischer Wirtschaftskontakte ist nicht die Intention der Sanktionspolitik. Dies wäre für eine hoffentlich friedlichere Zukunft auf unserem Kontinent völlig kontraproduktiv.

Es gibt eine Reihe von Wirtschaftszweigen, in denen eine weitere wirtschaftliche Betätigung nicht nur rechtmäßig, sondern auch legitim ist. Diese Bereiche sind bewusst nicht sanktioniert worden. Dies betrifft etwa die Bereitstellung von Medikamenten, medizinischen Gütern und Lebensmitteln zur Grundversorgung der russischen Bevölkerung, die Sicherung von notwendigen Rohstoff- und Energielieferungen in die EU, die Sicherheit technischer Anlagen und Verkehrsmittel und nicht zuletzt die Funktionsfähigkeit des Agrarsektors. Russland versorgt ebenso wie die Ukraine den Weltmarkt mit dringend benötigten Agrarerzeugnissen wie Getreide. Sanktionen in diesem Bereich würden zu weiteren Knappheiten und Preissteigerungen führen und vor allem die ärmsten Länder treffen.

Hinzu kommt die Verantwortung, die deutsche Unternehmen für ihre 280.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Russland tragen. Ein Verkauf von Produktionsanlagen wäre zum gegenwärtigen Zeitpunkt ohnehin kaum möglich und würde Marktteilnehmern aus Ländern in die Hände spielen, die die Sanktionen gegen Russland nicht umsetzen. Es drohen außerdem Vertragsstrafen bis hin zum vollständigen Vermögensverlust und rechtliche Konsequenzen für leitende Mitarbeiter. Pauschale Verurteilungen von Unternehmen, die weiter auf dem russischen Markt aktiv sind, weisen wir daher entschieden zurück.

Auch im Rahmen der Sanktionspolitik gibt es gut begründete Geschäftsbeziehungen. Diese werden allerdings von russischer Seite zunehmend in Frage gestellt. Pläne der russischen Regierung zur Fremdverwaltung ausländischer Unternehmen setzen den Fortbestand der Betriebe und Tausende von Arbeitsplätzen in Russland aufs Spiel. Sollten ausländische Unternehmen und ihre Töchter dazu gezwungen werden, westliche Sanktionen zu missachten, würde dies zu einem Exodus aus Russland führen. Wir fordern die russische Regierung daher dringend auf, das Eigentum und die Verfügungsgewalt ausländischer Unternehmen nicht zu verletzen und Investitionsschutzvereinbarungen einzuhalten. Durch den Angriff auf die Ukraine wurde Russland als Investitions- und Wirtschaftsstandort bereits schwerster Schaden zugefügt, dieser Kurs muss dringend beendet werden.“

[„Pauschale Verurteilungen weisen wir entschieden zurück“ | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf? blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf? blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19)

GTAI-Handlungsempfehlungen für Unternehmen und Sanktionsübersicht

German Trade&Invest informiert auf dieser Seite über aktuelle Handlungsmöglichkeiten von deutschen Unternehmen mit Russland-Geschäft. Dort finden sich auch nützliche Links zu den jeweiligen Sanktionsregistern:

[Handlungsempfehlungen für Unternehmen | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](https://gtai.de)

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine:

[Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://gtai.de)

Statistiken zur Wirtschaft in Russland und der Ukraine

Auf dieser Seite des Statistischen Bundesamts finden sie gebündelte Informationen zur Wirtschaftsentwicklung in Russland und der Ukraine und der Lage deutscher Unternehmen:

[Ukraine - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](https://destatis.de)

FAQ der Bundesbank zu Sanktionen

Die neuen Russlandsanktionen werfen bei der praktischen Umsetzung viele Fragen auf. In unserem Übersichtsblatt "Finanzsanktionen: Häufig gestellte Fragen" hat die Bundesbank Antworten zusammengestellt. Das gesamte pdf findet sich zum Download auf dieser Seite:

[Russland / Ukraine | Deutsche Bundesbank](https://www.bundesbank.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
- Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de

- VB2 (Sanktionen).
Referatsleitung
Frau Dr. Conrad
Herr Blaschke
E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de

- VE1: Osteuropa (ohne EU), Südkaukasus, Zentralasien.
Referatsleiter
Herr Andreas Neumann
E-Mail: Buero-VE1@bmwi.bund.de

Das Journalisten-Netzwerk Correctiv bietet einen aktuellen Sanktions-Tracker an:

[Sanktionstracker – Aktuelle Sanktionen gegen Russland \(correctiv.org\)](#)

2. Terminübersicht

23. März: Online-Briefing zu DECKUNGSPRAXIS IN RUSSLAND UND BELARUS von 08:30 - 09:30 UHR

Bis auf weiteres findet jeden Mittwoch ein Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis statt, mit Experten von Euler Hermes und dem Bundeswirtschaftsministerium. Bei Fragen wenden Sie sich an die Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail an.

Anmeldung:

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Über die aktuellen Entwicklungen informieren Sie sich am besten über diesen Newsletter: [Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

23. März: Briefing zu den Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine auf die Wirtschaft von AA, BMWK, BAFA und BMF, 11:30 – 13:00 Uhr

Seit dem 2. März bieten Auswärtiges Amt, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesfinanzministerium immer mittwochs von 11:30 – 13:00 Uhr ein aktuelles Briefing zu den wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine und den Auswirkungen von Sanktionen an. Anmeldung und Informationen bei: Caren Brinkmann, 402-s@auswaertiges-amt.de



Russland und der Westen

Zeitenwende

Wie umgehen mit einem repressiven und konfrontativen Russland?

24. März 2022, 19:00 - 21:00 MEZ

[Anmelden](#)

Einleitung: **Michail Chodorkowski**

Grundsatzrede: **Annalena Baerbock**, Bundesaußenministerin (tbc)

Diskussion:

- **Michael Roth**, MdB, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, SPD
- **Roderich Kiesewetter**, MdB, Sprecher für Krisenprävention, CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- **Marie-Agnes Strack-Zimmermann**, MdB, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, FDP
- **Agnieszka Brugger**, MdB, Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Moderation: **Ralf Fücks**, Zentrum Liberale Moderne

Perspektivwechsel: Gespräch mit

- Botschafter **Daniel Fried**, Atlantic Council
- **Pavlo Klimkin**, ehem. Außenminister der Ukraine (tbc).

Moderation: Botschafter **Boris Ruge**, stellv. Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz.

Die Diskussion wird simultan ins Englische, Russische und Deutsche übersetzt.

Bei Rückfragen, wenden Sie sich bitte an events@libmod.de

24. März: International online briefing on Ukrainian energy sector, 15:00 h

We would like to invite you to an **international online briefing** on Ukrainian energy sector operating under the conditions of war held by DTEK CEO Maxim Timchenko. The briefing will be held in English and is scheduled for **Thursday March 24th, 15.00h CET/16.00h Kyiv time.**

Key points which will be discussed:

- Challenges of keeping lights on amid war
- Nuclear security of the European continent
- Future of Ukrainian and EU energy security

Please kindly confirm your participation by replying to this e-mail: ZdorevskaIV@dtek.com
Please use the following link to join the live stream:

Microsoft Teams meeting
Join on your computer or mobile app

[Click here to join the meeting](#)

Join with a video conferencing device
teams@teams.dtek.com

Video Conference ID: 129 996 370 0

Alternate VTC instructions

[Learn More](#) | [Meeting options](#)

24. März: Polittalk: Krieg in Europa - Zeitenwende in Deutschland: Was jetzt, Lars Klingbeil und Friedrich Merz?

Sehr geehrte Damen und Herren,

Inforadio (rbb), die Süddeutsche Zeitung und die Bertelsmann Stiftung laden zur 5. Ausgabe des #Polittalk aus der Hauptstadt ein.

Lars Klingbeil (SPD) und Friedrich Merz (CDU), die neuen Vorsitzenden ihrer Parteien, diskutieren mit den beiden Moderator:innen der Veranstaltung Angela Ulrich (Inforadio) und Stefan Braun (Süddeutsche Zeitung) und dem Demokratie-Experten der Bertelsmann Stiftung Dr. Robert Vehrkamp über die Frage:
"Krieg in Europa - Zeitenwende in Deutschland
Was jetzt, Lars Klingbeil und Friedrich Merz?"

Die Veranstaltung findet als Livestream aus dem ARD-Hauptstadtstudio in Berlin statt am

Donnerstag, 24. März 2022
ab 17:00 Uhr

Den Livestream erreichen Sie ohne Registrierung über den untenstehenden Link.

[5. Polittalk aus der Hauptstadt - Krieg in Europa – Zeitenwende in Deutschland | Inforadio](#)

25. März: Aktuelle wirtschaftliche Situation in Russland, Business for Business, 14.00 Uhr MEZ

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland möchten Sie zur 2. Ausgabe der Online-Veranstaltung via Teams zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Freitag, 25. März 2022, 14.00 Uhr MEZ einladen. Bitte beachten Sie, dass der Anmeldeschluss am Donnerstag, 24. März um 16.00 Uhr ist.

Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Für Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart (c.schuchart@oa-ev.de) oder Jens Böhlmann (j.boehlmann@oa-ev.de).

25. März: Ost-Ausschuss Arbeitskreis Mittelosteuropa zum Thema „Russland-Krise: wirtschaftliche Auswirkungen auf Mittelosteuropa“, 10:00 – 11:15 Uhr

Der Krieg Russlands in der Ukraine hat erhebliche politische und wirtschaftliche Auswirkungen auf die Staaten Mittelosteuropas. Das Hintergrundgespräch dient einem vertraulichen Austausch zu diesem Themenkomplex und einer Einschätzung der aktuellen Lage.

Wir freuen uns, als Referenten u.a. folgende Personen begrüßen zu dürfen:

- Gunter Deuber, Bereichsleiter Volkswirtschaft und Finanzmarktanalyse, Raiffeisen Bank International AG
- Mario Holzner, Geschäftsführer, Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW)
- Dr. Kai-Olaf Lang, EU/Europa Senior Fellow, Stiftung Wissenschaft und Politik

Das Angebot richtet sich in erster Linie an Ost-Ausschuss-Mitglieder. Es gelten die Chatham House Rules. Bei Rückfragen steht Ihnen Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mittelosteuroopa (a.stadnicki@oa-ev.de, Tel: +49 30 206167 138) gern zur Verfügung.

28. März: „GAA_Insight: Aktuelle agrarrelevante Entwicklungen in Osteuropa und Zentralasien“, Montag, 28. März 2022 von 9.00 bis 10.00 Uhr (MEZ)

Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist für mehrere Vertreter Ihres Unternehmens bzw. Verbandes möglich. Den Einwahllink erhalten Sie kurz vor der Veranstaltung. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an: Per Brodersen: p.brodersen@oa-ev.de

29. März: Außerordentliche Arbeitskreissitzung zur Gesundheitswirtschaft in Osteuropa & GUS von Ost-Ausschuss und German Health Alliance, 9:00-10:00 Uhr (Online)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die GHA – German Health Alliance laden zur außerordentlichen Sitzung des Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und den aktuellen Wirtschaftssanktionen am 29. März 2022 (09:00 – 10:00 CET) via Microsoft Teams ein.

Im Rahmen unserer nächsten Sitzung stehen folgende Themen auf der Agenda:

- Aktuelle humanitäre Situation in der Ukraine & Hilfsaktionen in Deutschland #WirtschaftHilft
- Sanktionen und Auswirkungen auf den Gesundheitssektor/ Unternehmen in der Region Osteuropa

Die Sitzung findet in deutscher Sprache statt, teilweise Input in englischer Sprache und folgt der Chatham-House-Regel.

Die Veranstaltung richtet sich in erster Linie an Ost-Ausschuss- und GHA-Mitglieder. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an p.hristova@oa-ev.de [Petya Hristova](mailto:p.hristova@oa-ev.de) und [Alexander Boxler](mailto:p.hristova@oa-ev.de) (GHA).

30. März: Online-Austausch mit dem Ersten Vizepremierminister der Republik Kasachstan Roman Sklyar von 11:00 Uhr bis 12:30 Uhr MESZ

Im Rahmen des Meetings möchten wir uns über die Kooperationsmöglichkeiten in den Sektoren Transport und Logistik in Kasachstan informieren sowie die Herausforderungen der derzeitigen Situation, vor allem im Transitverkehr, eruieren. Die Arbeitssprachen des

Treffens sind Englisch und Russisch mit Simultandolmetschung. Sie können sich bis zum 28. März 2022, 10:00 Uhr zu unserem Onlineformat anmelden. Wir werden allen angemeldeten Teilnehmern rechtzeitig vor der Veranstaltung einen Link zusenden.

Die Veranstaltung richtet sich in erster Linie an Ost-Ausschuss-Mitglieder bzw. Mitglieder des Arbeitskreises Zentralasien im Ost-Ausschuss. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an: Eduard Kinsbruner, e.kinsbruner@oa-ev.de

7. April: „Marktplatz der Begegnungen - Ukraine“ der Handelskammer Hamburg

Am 7. April 2022 findet in der Handelskammer Hamburg mit dem "Marktplatz der Begegnungen" ein besonderes Angebot für Schutzsuchende aus der Ukraine statt. Seit dem Start der Veranstaltungsreihe „Marktplatz der Begegnungen“ im November 2015 haben wir hunderte Unternehmen mit tausenden Geflüchteten zusammengebracht, um sich auszutauschen und etwaige Arbeitsmöglichkeiten anzubahnen.

Das Ziel der diesjährigen Veranstaltung ist es, beiden Seiten - Schutzsuchenden und Ausstellenden - eine Plattform zu bieten, sich gegenseitig kennen zu lernen und gemeinsam niedrigschwellige Arbeitsmöglichkeiten, sei es über ein Praktikum, einen Minijob, eine Teilzeitmitarbeit oder alternative Beschäftigungsmöglichkeiten, zu eruieren. Ebenfalls soll dieses Event dazu dienen, Ukrainerinnen und Ukrainern soziale und beruflich relevante Themen aus ihrem neuen Gastland in einem angenehmen Umfeld näherzubringen. Die beteiligten Unternehmen kommen aus verschiedenen Branchen. Vor Ort werden darüber hinaus Anbieter verschiedener Themenfelder sein, um den Start in Hamburg zu erleichtern.

Weiterführende Informationen finden Sie hier: [Marktplatz der Begegnungen - Handelskammer Hamburg \(hk24.de\)](https://www.hk24.de/Marktplatz-der-Begegnungen-Handelskammer-Hamburg)

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 21. März)

[Forbes](#)

Die Task Force der Europäischen Kommission zum Einfrieren und Beschlagnahmen europäischer Vermögenswerte russischer und belarussischer Oligarchen

Die Arbeit der Task Force zielt darauf ab, die Vermögenswerte der unterstellten Personen so schnell wie möglich einzufrieren und zu beschlagnahmen, sagte der Leiter der Gruppe, EU-Justizkommissar Didier Reynders. Die Task Force "Einfrieren und Beschlagnahmen" wird mit der neu eingerichteten Gruppe "Russische Eliten, Stellvertreter und Oligarchen" (REPO – siehe US-Sanktionen) zusammenarbeiten, in deren Rahmen die EU mit den G7-Ländern und Australien kooperiert.

Die gemeinsamen Aktivitäten zeigen deutliche Wirkung - "die russische Wirtschaft befindet sich im freien Fall", so Mairid McGuinness, EU-Kommissar für Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und Kapitalmärkte. Die Arbeit zielt darauf ab, "den Geldfluss in die russische Kriegsmaschinerie zu stoppen", fügte sie hinzu.

„Oligarchen, die die russische Kriegsmaschinerie unterstützen, sollten wissen, dass sie weder in der EU noch anderswo Zuflucht finden werden", sagte Mairid McGuinness.

Kontext

Die Task Force "Freeze and Seize" besteht aus Vertretern der Europäischen Kommission, den Kontaktpersonen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten, Eurojust, Europol und gegebenenfalls anderen EU-Agenturen und -Einrichtungen.

Im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine wurden bisher die Vermögenswerte von 877 natürlichen und 62 juristischen Personen mit EU-Sanktionen belegt.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

Neue FAQ zu zollrechtlichen Fragen

Die EU-Generaldirektion DG FISMA hat FAQ zu zollrechtlichen Fragen bezüglich des Russlandembargos veröffentlicht. Hier das Dokument:

[Aggression against Ukraine - Customs related frequently asked questions \(europa.eu\)](https://europa.eu/press/pr/2022/02/09/russia-s-military-aggression-against-ukraine-eu-agrees-new-sectoral-measures-targeting-belarus-and-russia/)

Übersicht über alle EU-Sanktionen gegen Russland

1. Sanktions-Paket vom 24. Februar 2022

EU: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2022:042:FULL&from=EN>

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022XC0223\(04\)&von=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022XC0223(04)&von=EN)

2. Sanktionspaket vom 26. Februar 2022

Russland-Sanktionen:

[Militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine: EU verhängt Sanktionen gegen Präsident Putin und Außenminister Lawrow und verabschiedet weitreichende gegen Einzelpersonen gerichtete und wirtschaftliche Sanktionen - Consilium \(europa.eu\)](https://europa.eu/press/pr/2022/02/26/russia-s-military-aggression-against-ukraine-eu-verdicts-sanctions-against-president-putin-and-foreign-minister-lawrow-and-adopts-extensive-individual-targeted-and-economic-sanctions-against-belarus/)

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:046:TOC>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:C:2022:092:TOC>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:048:TOC>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:049:TOC>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:050:TOC>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:051:TOC>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:052:TOC>

Belarus-Sanktionen:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:054:TOC>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:066:TOC>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:067:TOC>

3. Sanktionspaket vom 9. März 2022

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/03/09/russia-s-military-aggression-against-ukraine-eu-agrees-new-sectoral-measures-targeting-belarus-and-russia/>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:080:TOC>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:081:TOC>

Zu Belarus: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:082:TOC>

4. Sanktionspaket vom 15. März 2022

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/03/15/russia-s-military-aggression-against-ukraine-fourth-eu-package-of-sectoral-and-individual-measures/>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2022:087I:FULL&from=EN>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:084:TOC>

EU-Exportrestriktionen – FAQ-Übersicht

Die EU hat eine Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen gemäß den Artikeln 2, 2a und 2b der Verordnung des Rates Nr. 833/2014 gegen Russland vorgelegt, die Sie hier finden:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](#)

Unterstützung beim Thema Finanzsanktionen

Die Deutsche Bank hat eine Informationsseite zur Lage in Osteuropa erstellt, auf der sie Fragen zu den aktuellen Finanzsanktionen beantwortet. Mehr Informationen finden Sie unter den folgenden Links:

[Lage in Osteuropa: Wichtige Informationen für Unternehmen – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

[Situation Russland-Ukraine: Auswirkungen auf Ihr Geschäft – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht:

[EU-Russland-Sanktionen | Special \(gtai.de\)](#)

Weitere Meldungen aus der EU:

Euractiv:

[Polen erwägt Verfassungsänderung zur Konfiszierung des Vermögens russischer Oligarchen – EURACTIV.de](#)

Die Änderungen würden den Ausschluss von Verteidigungsausgaben aus den Finanzvorschriften und die Beschlagnahme von Vermögen russischer Oligarchen und in Polen ansässiger Unternehmen ermöglichen, die Russlands Invasion in der Ukraine unterstützen.

Die polnische Regierung plant eine Verfassungsänderung, um die Konfiszierung des Vermögens russischer Oligarchen in Polen zu ermöglichen. Dies kündigte Regierungssprecher Piotr Müller nach einem Treffen von Premierminister Mateusz Morawiecki mit Oppositionsführer:innen am Montag an. Bei dem Treffen stellte Morawiecki ein Paket von Gesetzesänderungen vor, die darauf abzielen, den Einfluss des russischen Staates und der mit dem Staat verbundenen Unternehmen in Polen einzudämmen.

Die Änderungen würden den Ausschluss von Verteidigungsausgaben aus den Fiskalregeln und die Beschlagnahme von Vermögen russischer Oligarchen und in Polen ansässiger Unternehmen ermöglichen, die Russlands Invasion in der Ukraine unterstützen.

„Eine solche Möglichkeit gibt es im polnischen Rechtssystem nicht“, sagte Müller der Polnischen Presseagentur (PAP). „Es ist nur möglich, diese Art von Eigentum einzufrieren, [...] aber es gibt keine Möglichkeit, die Einziehung dieser Vermögenswerte zugunsten der Staatskasse zu erlauben und sie dann zur Refinanzierung der von Russland verursachten Kriegsschäden zu verwenden“, fügte er hinzu.

Die Umsetzung der Vorschläge würde eine Verfassungsänderung erfordern, betonte der Sprecher weiter. Dafür bräuchte die Regierung die Unterstützung einer Zweidrittelmehrheit im Parlament. Die Opposition bleibt jedoch vorerst skeptisch. Es sei riskant, mit der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), die seit sieben Jahren an der Macht ist, über Verfassungsänderungen zu diskutieren, schrieb Michał Kobosko auf Twitter, Vizepräsident der Mitte-Rechts-Partei Polen 2050. „Wir kennen sie zu gut“, fügte er hinzu.

Andere Abgeordnete haben der Regierung vorgeworfen, dass sie nur langsam gegen den Kreml und damit verbundene Angelegenheiten vorgeht.

Während der polnische Premierminister gerade erst kürzlich Schritte angekündigt hat, um das Vermögen russischer Oligarchen zu beschlagnahmen, sind andere Länder bereits dabei, es einzuziehen, betonte Katarzyna Lubnauer von der pro-europäischen Bürgerkoalition (KO).

Der Generalstabschef von Präsident Andrzej Duda, Paweł Szrot, sagte, der Präsident werde die Vorschläge sorgfältig prüfen und sie mit Morawiecki besprechen, berichtet PAP.

4. Russland-Gegensanktionen

Liste 1: In Russland womöglich von Enteignung bedrohte Unternehmen

Im gestrigen Update 2022/20 berichteten wir mit Bezug auf einen GTAI-Beitrag über eine Liste von 60 Unternehmen, die möglicherweise verstaatlicht werden könnten. Die Mitteilung geht auf einen Artikel in der Tageszeitung Izvestia zurück. Unten finden Sie den Link zum Originalartikel, in dem auch einige Unternehmen benannt werden. Die vollständige Liste ist in Russland bislang nicht offen zugänglich. Allerdings handelt es sich laut Artikel auch nicht um eine endgültige Liste. Welche Unternehmen insgesamt für russische Gegensanktionen in Frage kommen, hängt weiterhin auch von der finalen Ausgestaltung des seit Tagen angekündigten, aber noch nicht verabschiedeten Gesetzes ab. Nach letzten Berichten betrifft das Gesetzesvorhaben Unternehmen, die den russischen Markt komplett verlassen und ihre Kunden im Ungewissen zurücklassen. Laut Izvestia sollen die Staatsanwaltschaft, das Ministerium für Industrie und Handel sowie die Verbraucherschutzbehörde Rospotrebnadzor über betroffene Unternehmen entscheiden.

[В России создан перечень из 60 компаний-претендентов на национализацию | Новости | Известия | 10.03.2022 \(iz.ru\)](#)

Liste 2: Unternehmen, die den russischen Markt aufgeben oder bleiben wollen

Eine Expertengruppe der Universität Yale teilt internationalen Unternehmen mit Russland-Geschäft inzwischen in fünf Kategorien ein. Unternehmen, die schnell auf den Krieg reagiert haben und sich komplett aus Russland zurückziehen, sollen damit unterstützt werden, während Unternehmen, die zögern, ihr eigenes Russlandgeschäft aufzugeben, mit der Liste weiter unter Druck gesetzt werden sollen. 430 Unternehmen haben laut der Liste des Instituts bis zum Wochenbeginn ihre Aktivitäten eingestellt, suspendiert oder zumindest zurückgefahren. Die Liste enthält bislang vor allem US-Unternehmen, wird aber täglich erweitert. Hier der Link zur Originalseite:

[Over 400 Companies Have Withdrawn from Russia—But Some Remain | Yale School of Management](#)

Spiegel-Online hat zur Liste heute einen Bericht veröffentlicht (Paywall)

[Russland und die USA: Warum sich nicht alle US-Konzerne aus dem Land zurückziehen - DER SPIEGEL](#)

[rbc:](#)

Gesetzentwurf über den Austritt Russlands aus der WTO in die Staatsduma eingebracht

In der Staatsduma wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der zum Austritt Russlands aus der

Welthandelsorganisation (WTO) führen könnte. Die Initiative wurde von den Abgeordneten der Partei "Gerechtes Russland - Für die Wahrheit" eingebracht, heißt es auf der Website des Parlaments.

In der Erläuterung heißt es, dass Russland nach seinem Beitritt zur Organisation zunächst die Meistbegünstigung erhielt, mengenmäßige Beschränkungen und Verbote der freien Durchfuhr wurden aufgehoben. Nach der Verschlechterung der Beziehungen mit der Europäischen Union, den USA und anderen Ländern seit 2014 begannen diese Vorteile jedoch zu schwinden, so die Abgeordneten weiter.

„Zum Schutz der nationalen Interessen der Russischen Föderation, der Notwendigkeit einer protektionistischen Politik, als Antwort auf den Sanktionsdruck und zum Selbstschutz [sollte das Land die WTO verlassen]“, erklärten die Duma-Abgeordneten.

„Russland sollte sich sofort aus der WTO zurückziehen und ein für alle Mal mit einer Organisation Schluss machen, die unserer Wirtschaft durch ihre Beschränkungen großen Schaden zugefügt hat“, sagte der Parteivorsitzende Sergej Mironow.

Mitte März meldete die WTO, dass sie eine Erklärung von 14 WTO-Mitgliedern erhalten hat, in der vorgeschlagen wird, Russland die Meistbegünstigung zu entziehen. „Diese [WTO-]Mitglieder haben deutlich gemacht, dass sie mit dem Konflikt in der Ukraine und der Rolle Russlands in diesem Konflikt nicht einverstanden sind“, heißt es in der Erklärung. Zuvor hatten die USA und Japan beschlossen, Russland den Meistbegünstigungsstatus im Handel zu entziehen.

Russland reagierte darauf mit der Feststellung, dass das multilaterale Handelssystem aufgrund der jüngsten aggressiven und politisch motivierten handelsbeschränkenden Maßnahmen einiger Mitglieder in Gefahr sei. Das russische Büro kritisierte Vorschläge, Moskau aus der WTO auszuschließen oder seine Mitgliedschaft auszusetzen, und warf den westlichen Ländern vor, Sanktionen zu verhängen, "die darauf abzielen, die Wirtschaft Russlands und seiner Nachbarn zu untergraben".

Weitere Meldungen aus und über Russland:

Der russische Föderale Dienst für Militärisch-Technische Zusammenarbeit (FSMTC) hat ein operatives **Hauptquartier zur Bekämpfung von Sanktionen** eingerichtet, wie der stellvertretende Direktor des Dienstes, Michail Babitsch, der Agentur [RIA Novosti](#) erklärte.

"Die Welle von Sanktionen, die wir jetzt erleben, ist die systematischste und tiefgreifendste. Wir analysieren derzeit, welche Bereiche der gemeinsamen Aktivitäten des DIC und des Verteidigungsministeriums betroffen sein werden. Zu diesem Zweck hat der Dienst ein operatives Hauptquartier eingerichtet, das von Direktor Dmitri Schugajew geleitet wird", sagte Babitsch auf einer Sitzung des Expertenrats in der Staatsduma.

Ihm zufolge analysiert diese Zentrale regelmäßig die von den PTS-Themen aufgeworfenen Fragen. "Darüber hinaus sind die finanziellen Zwänge sowie die Transport- und Logistikprobleme sehr akut geworden", sagte Babitsch.

Er sagte, dass all diese Fragen systematisch analysiert und einer Regierungskommission unter der Leitung von Mischustin sowie der VTS-Kommission des Präsidenten vorgelegt werden.

Nach dem Verbot von Facebook und Instagram und weiterer internationaler Medienkanäle in Russland blockiert die russische Regierung nach Meldungen russischer Medien nun auch den europäischen Nachrichtensender **Euronews**. Die staatliche Behörde Roskomnadsor habe den Zugang zu allen Euronews-Produkten in Russland auf Ersuchen der Generalstaatsanwaltschaft eingeschränkt. Euronews habe systematisch unzuverlässige und öffentlich bedeutsame Informationen über eine spezielle Militäroperation der Russischen Streitkräfte sowie Informationen mit Aufrufen zur Teilnahme an öffentlichen Massenveranstaltungen veröffentlicht, die gegen die in Russland geltenden Vorschriften verstießen. Der Zugriff auf die Website euronews.com und ihre russische Version ru.euronews.com sei in Russland blockiert worden.

Die Systempartei „Gerechtes Russland“ hat nach russischen Medienberichten die **Website „Fragen wir Bastrykin“** eingerichtet, auf der Bürgerfragen über die sogenannten „Staatsschädlinge“ gesammelt und an den Chef des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation Alexander Bastrykin weitergegeben würden. Dies solle die Basis für weitere Anfragen an das Ermittlungskomitee zur Fahrlässigkeit von Staatsbeamten sein, die nach Meinung der Bürger durch ihre Tätigkeit dem Staat geschadet hätten. Am ersten Tag seien mehr als 200 Anfragen verzeichnet worden, unter anderem zur Verantwortlichkeit der Zentralbank für die Verlagerung von Gold- und Devisenreserven ins Ausland.

Russland sei aus den Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Japan ausgestiegen, berichten russische Medien, und habe die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf den **Kurilen-Inseln** sowie den visumsfreien Reiseverkehr zwischen Japan und der Inselgruppe im Pazifik beendet.

FAZ:

[Sanktionen gegen Russland: S&P zieht Ratings zurück \(faz.net\)](https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/sanktionen-gegen-russland-s-p-zieht-ratings-zurueck-14777777.html)

Die Sanktionen bringen den russischen Staat und die Unternehmen immer mehr in Bedrängnis. Nun müssen die Ratingagenturen ihre Bonitätsnoten zurückziehen.

Der Zahlungsausfall Russlands lässt zwar auf sich warten, aber die Probleme greifen inzwischen auch auf Emittenten mit russischen Wurzeln über. Nach Angaben des russischen Finanzministeriums vom Dienstag ist eine weitere Zinszahlung für eine Fremdwährungsanleihe an die Gläubiger überwiesen worden. Die fälligen Zinsen von insgesamt 65,63 Millionen Dollar sollen für die bis 2029 laufende Staatsanleihe demnach vollständig gezahlt worden sein. Die Überweisung sei über die US-Bank JP Morgan Chase abgewickelt worden, zitierte die Nachrichtenagentur Reuters einen Finanzmarktteilnehmer.

Schon in der vergangenen Woche hatte Russland über das amerikanische Institut die Zinsen von insgesamt 117 Millionen Dollar gezahlt. Diese mussten in der amerikanischen Währung erfolgen, während die nun fällige Zinszahlung aufgrund einer Anleiheklausel unter bestimmten Bedingungen auch in Rubel hätte getätigt werden können.

Der russische Finanzminister Anton Siluanow hatte damit gedroht, dass die Zahlungen für Anleihen in Rubel geleistet werden, wenn Russland aufgrund der westlichen Sanktionen keinen Zugang zu Dollar erhalte. Die Ratingagenturen haben Russland schon längst im Ramschbereich eingestuft, weil sie aufgrund der Sanktionen einen technischen Zahlungsausfall für wahrscheinlich halten. So kann die russische Zentralbank nach Angaben von Siluanow nicht mehr auf Devisenreserven von 300 Milliarden Dollar zugreifen. Insgesamt verfügt das Land über Gold- und Währungsreserven in Höhe von 640 Milliarden Dollar.

Am 4. April Tilgung von 2 Milliarden Dollar

Die Zitterpartie dürfte in den kommenden Wochen weitergehen: Am 4. April muss Russland eine Anleihe über 2 Milliarden Dollar tilgen. Auch diese Zahlung muss in Dollar erfolgen. Falls dies nicht der Fall ist und Russland nur Rubel überweist, stellt dies nach Einschätzung der führenden Ratingagenturen S&P Global, Moody's und Fitch einen Zahlungsausfall dar. Es gibt dann eine Frist von 30 Tagen nach dem ersten Zahlungstermin, in der die Überweisung in Dollar erfolgen und damit der Zahlungsausfall abgewendet werden kann.

EU-Kommission untersagt Ratings

Doch dann dürften die drei großen Ratingagenturen Russland und russische Emittenten nicht mehr bewerten. Am Dienstag kündigte S&P an, bis zum 15. April alle ausstehenden russischen Bewertungen zurückzuziehen. Damit werde der Mitte März von der EU ausgerufene Bann umgesetzt. S&P hatte am 9. März die Einstellung seiner Geschäfte in Russland angekündigt. Moody's hatte dies schon am 5. März angekündigt. In der Vorwoche hatte die EU-Kommission den Ratingagenturen die Bewertung von Anleihen des russischen Staates und von dortigen Unternehmen untersagt. „Diese Sanktionen werden dazu beitragen, den wirtschaftlichen Druck auf den Kreml weiter zu erhöhen“, begründete die EU-Kommission ihre Entscheidung. Dieser Schritt sei mit internationalen Partnern abgesprochen worden, insbesondere mit den USA.

Derzeit sind russische Fremdwährungsanleihen im Gesamtvolumen von etwa 40 Milliarden Dollar im Umlauf. Rund die Hälfte davon wird von ausländischen Investoren gehalten. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hält gravierende Folgen für das weltweite Finanzsystem im Fall einer Staatspleite Russlands jedoch für wenig wahrscheinlich.

Evrax-Zahlung blockiert

Die Sanktionen bringen nun auch die russischen Unternehmen zunehmend in Bedrängnis. Der an der Börse London gelistete russische Stahlkonzern Evraz hat mitgeteilt, dass eine Zinszahlung von knapp 19 Millionen Dollar blockiert worden sei und er damit in einen Zahlungsausfall rutschen könne. Dies könnte eine indirekte Folge von britischen Sanktionen sein, die Evraz' Hauptaktionär Roman Abramowitsch betreffen. Der Stahlkonzern wollte nach eigenen Angaben an eine Korrespondenzbank in New York, die dortige Niederlassung der französischen Société Générale, eine fällige Zinszahlung von 18,9 Million Dollar auf seine 700-Millionen-Anleihe leisten, die dann weitergereicht werden sollte. Société Générale stoppte aber die Zahlung.

Die großen Verwerfungen seit Beginn des russischen Ukrainekriegs und den Sanktionen drücken die Werte russischer Aktien und Anleihen. Die Evraz-Anleihe wird derzeit mit nur 60 Prozent des Nennwertes gehandelt. Die Evraz-Aktie hat an der Börse London in den vergangenen vier Wochen gut 70 Prozent an Wert eingebüßt.

5. Sanktionen der USA

[RBC](#)

Christie's und Sotheby's helfen bei der Suche nach Vermögenswerten von sanktionierten Oligarchen

Vertreter von Auktionshäusern haben erklärt, dass sie bei der Suche nach dem Auslandsvermögen von sanktionierten russischen Geschäftsleuten behilflich sein werden. Die Untersuchung selbst wird von einem speziellen internationalen Team durchgeführt

Drei führende Auktionshäuser - Christie's, Sotheby's und Phillips - werden an einer internationalen Untersuchung des Vermögens sanktionierter russischer „Oligarchen“ beteiligt sein, berichtete das Magazin ARTnews unter Berufung auf Vertreter der Plattformen.

Aufgrund der Sanktionen ist es Auktionshäusern untersagt, Geschäfte mit russischen Staatsbürgern und ihren Tochtergesellschaften im Ausland zu tätigen.

„Wir halten uns strikt an die aktuellen Sanktionen und verfolgen aufmerksam jede Aktualisierung der Listen“, sagte ein Sprecher von Sotheby's in einer Erklärung.

Ein Sprecher von Christie's erklärte, dass das Auktionshaus "strenge Verfahren zur Identifizierung und Überprüfung von Kunden" anwendet und dass "politisch exponierte Personen sowie Personen, die mit sanktionierten Ländern oder anderen risikoreichen Ländern in Verbindung stehen", einer besonderen Prüfung unterzogen werden.

Die betreffenden internationalen Ermittlungen, die erforderlichenfalls von den Auktionshäusern unterstützt werden, werden von einer eigens gegründeten internationalen Gruppe namens Russian Elites, Trustees and Oligarchs (REPO) durchgeführt. Daran beteiligt sind Vertreter mehrerer Länder, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben, darunter US-Justizminister Merrick Garland, die Finanzminister der USA, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Kanadas Janet Yellen, Bruno Le Maire, Christian Lindner, Daniele Franco und Christia Freeland sowie EU-Justizkommissar Didier Reynders und andere.

Laut ARTnews werden die Mitglieder dieser Ermittlungsgruppe wahrscheinlich das Vermögen, insbesondere die Kunstsammlungen, russischer Geschäftsleute untersuchen, die von den Sanktionen der USA, Großbritanniens und der EU betroffen sind.

Am 16. März sagten die Auktionshäuser Sotheby's und Christie's geplante Sommerauktionen russischer Kunst angesichts der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine und der anschließenden westlichen Sanktionen ab. Sie haben auch ihre russischen Büros geschlossen. Phillips unterhält nach eigenen Angaben eine Moskauer Niederlassung mit Verwaltungspersonal, über die jedoch keine Geschäfte abgewickelt werden.

Link-Sammlung zu den US-Sanktionen gegen Russland seit dem 24.2. in chronologischer Reihenfolge:

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0602>

https://home.treasury.gov/policy-issues/financial-sanctions/recent-actions/20220221_33

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0608>

<https://www.bis.doc.gov/index.php/documents/about-bis/newsroom/press-releases/2914-2022-02-24-bis-russia-rule-press-release-and-tweets-final/file>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/02/24/fact-sheet-joined-by-allies-and-partners-the-united-states-imposes-devastating-costs-on-russia/>

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0610>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/presidential-actions/2022/03/08/executive-order-on-use-of-project-labor-agreements-for-federal-construction-projects-2/>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/03/08/message-to-the-congress-on-prohibiting-certain-imports-and-new-investments-with-respect-to-continued-russian-federation-efforts-to-undermine-the-sovereignty-and-territorial-integrity-of-ukraine/>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/03/08/fact-sheet-united-states-bans-imports-of-russian-oil-liquefied-natural-gas-and-coal/>

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0641>

6. Sanktionen weiterer Länder

Australien

Die australische Regierung hat ein Ausfuhrverbot für Aluminiumerze und Bauxit verhängt. Russland beziehe knapp 20 Prozent seines Aluminiumerzbedarfs aus Australien, erklärte die Regierung in Canberra. Dadurch werde Russlands Kapazität zur Herstellung von Aluminium, das für Russland ein wichtiges Exportgut ist, eingeschränkt. Erfasst sind so die russische Rüstungsindustrie, Automobilproduzenten, die Luft- und Raumfahrtindustrie, der Maschinen- und Bausektor.

Großbritannien

[Link-Sammlung zu den britischen Sanktionen gegen Russland seit dem 24.2. in chronologischer Reihenfolge:](#)

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>

<https://www.gov.uk/government/news/uk-to-phase-out-russian-oil-imports>

https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1060764/Notice_Russia_150322.pdf

https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1060263/Notice_Russia_110322.pdf

<https://www.gov.uk/government/news/uk-cuts-off-export-finance-support-to-russia-and-belarus>

<https://www.gov.uk/government/news/uk-announces-new-economic-sanctions-against-russia>

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Handelsblatt

Telekom-Betriebsräte fordern Rückzug aus Russland

Mehr als 2000 IT-Spezialisten arbeiten in Russland für den Dax-Konzern. In der Telekom-Belegschaft sorgt das zunehmend für Unbehagen.

Hamburg Seit dem Angriff des Putin-Regimes auf die Ukraine ringt die Deutsche Telekom um das Schicksal ihrer russischen Standorte in Sankt Petersburg, Moskau und Woronesch. Im Rahmen einer internen Veranstaltung hatte Konzernchef Timotheus Höttges am Freitag der Belegschaft lediglich mitgeteilt, dass man nach wie vor an einer Lösung arbeite.

Nun haben zwei Führungsgremien der Arbeitnehmer den Vorstand aufgefordert, die Dependancen aufzugeben und alle Geschäftsbeziehungen in das Land zu kappen. Entsprechende Resolutionen, die dem Handelsblatt vorliegen, haben sowohl der Konzernbetriebsrat (KBR) als auch der Gesamtbetriebsrat (GBR) bis Ende vergangener Woche verabschiedet.

Der Vorstand um Höttges solle die „Geschäftsbeziehungen in und mit Russland“ beenden und „die eigenen Beschäftigungsstandorte in Russland“ schließen, heißt es in der Erklärung des GBR, der die Mitarbeiter in der Zentrale und der „Group Services“ vertritt.

In der Resolution des KBR, zuständig für den gesamten Konzern, ist der Rahmen weiter gefasst. Dort geht es um „Konzepte und verbindliche Richtlinien“ von Aufsichtsrat und Vorstand, um sicherzustellen, dass „Geschäftsbeziehungen ausschließlich mit und in Ländern stattfinden“, die klar für die Einhaltung der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen stünden. Damit sei auch Russland gemeint, betonte die KBR-Vorsitzende Kerstin Marx.

Die Telekom beschäftigt derzeit mehr als 2000 Menschen in Russland, macht dort aber keine nennenswerten Umsätze. Die russischen Entwickler und IT-Spezialisten arbeiten vor allem an Projekten für den Mutterkonzern in Bonn. Dabei geht es etwa um den Glasfaserausbau in Deutschland oder die neue Open-RAN-Architektur des Mobilfunknetzes. Bei vielen dieser Vorhaben geht es um das Kerngeschäft der Telekom. Die Mitarbeiter sind deshalb nicht ohne Weiteres zu ersetzen.

Arbeitnehmer fürchten um den Ruf der Telekom

Im Hintergrund wurde deshalb vorgesorgt. So transferierte die Telekom rechtzeitig Geld nach Russland, um die Bezahlung der Mitarbeiter trotz Sanktionen nicht zu gefährden. Laut Finanzvorstand Christian Illek traf der Konzern zudem Vorkehrungen, um die Versorgung mit IT-Equipment zu sichern. Die Zugänge der russischen Mitarbeiter zu wichtigen internen Systemen wurden indes gesperrt

Die Arbeitnehmervertreter wünschen sich allerdings eine eindeutiger Haltung der Konzernführung. Sie sehen den Ruf der Telekom, deren größter Aktionär die Bundesrepublik Deutschland ist, in Gefahr. Andere Dax-Konzerne wie Volkswagen hätten sich in Sachen Russland bereits eindeutig positioniert. Bislang habe die Telekom intern lediglich auf das Engagement und Spenden des Konzerns für ukrainische Flüchtlinge verwiesen.

„Wir erwarten eine Antwort im Laufe dieser Woche“, sagte der GBR-Vorsitzende Constantin Greve dem Handelsblatt. Es gehe um „eine klare Reaktion des Vorstands“, sagte die KBR-Vorsitzende Marx. „Über das Engagement in Russland muss aus unserer Sicht neu nachgedacht werden.“ Bislang habe sich der Vorstand nicht konkret dazu geäußert. Greve und Marx gehören auch dem Aufsichtsrat des Konzerns an.

Ein Telekom-Sprecher teilte zu den Forderungen mit, dass man „keine russischen Kunden und keine Geschäftsbeziehungen zu Russland“ unterhalte. „Von daher sehen wir uns im Einklang mit der Resolution des KBR.“

FAZ

Wir müssen sofort handeln, um eine Hungerkrise zu verhindern

Die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöste Nahrungsmittelkrise erfordert, dass wir unmittelbar reagieren. Sechs Punkte sind zentral. Ein Gastbeitrag von Werner Baumann

Während die Menschen in der Ukraine mit einem anhaltenden Albtraum konfrontiert sind, hat die russische Invasion eine globale Nahrungsmittelkrise in Gang gesetzt, die unser sofortiges Handeln erfordert. Schon zuvor musste das globale Ernährungssystem mit starken Rückschlägen zurechtkommen. Die Lage war wegen der Pandemie, Wetterphänomenen und relativ schwachen Ernten in Afrika und Lateinamerika schon zuvor angespannt. Rekordpreise für Lebensmittel in ärmeren Ländern oder steigende Kosten für Landwirte bei Energie und Dünger sind die Folge. Jetzt, mit dem verheerenden Krieg in der Ukraine, droht eine massive Unterbrechung der Versorgung – mit schwerwiegenden Folgen für Millionen von Menschen.

Der Markt allein wird diese unmittelbaren Auswirkungen der russischen Aggression auf das globale Nahrungsmittelsystem nicht lösen. Wir brauchen so schnell wie möglich gemeinsame Sofortmaßnahmen, um eine humanitäre Krise zu verhindern. Nach Berechnungen des Welternährungsprogramms leiden derzeit 276 Millionen Menschen an Hunger, davon stehen 44 Millionen in 38 Ländern an der Schwelle zum Hungertod. Die Auswirkungen des Krieges könnten diese Zahlen verdoppeln.

Die Ukraine gilt als Kornkammer der Welt, aber die Lage der Landwirtschaft vor Ort ist mehr als ungewiss: In weiten Teilen wird gekämpft. Die Infrastruktur ist beschädigt. Die Häfen sind blockiert. Niemand weiß, ob sich die Konfliktzonen auf die landwirtschaftlichen Gebiete ausweiten. Wenn die ukrainischen Landwirte jetzt nicht pflanzen können, wird die Ernte im Sommer deutlich geringer ausfallen und die Weltmarktpreise weiter in die Höhe treiben. Schon jetzt sehen wir, dass die ägyptische Regierung den Ankauf von Getreide abbricht, weil man sich die aktuellen Rekordpreise nicht leisten kann. Anhaltende Dürren in der Region

verschärfen das Problem. Dazu kommt das aktuelle Wetterphänomen La Niña. Wenn es sich so wie vor zehn Jahren entwickelt, werden die Ernten noch schlechter ausfallen.

In dieser Situation müssen Unternehmen, Regierungen und internationale Organisationen entschlossen handeln:

1. Unterstützung der Ukraine

Wir müssen bei der akuten Nahrungsversorgung der Menschen helfen. Zudem müssen wir die Arbeit der ukrainischen Landwirte so weit wie möglich unterstützen. März und April sind dort die wichtigsten Monate, um Saatgut auszubringen und Düngemittel zu verwenden.

2. Vorrang für die Nahrungsversorgung

Auch Russland ist ein wichtiger Exporteur für die weltweite Nahrungsversorgung, was die internationale Gemeinschaft in ein fast unlösbares Dilemma zwingt: die Notwendigkeit strenger Sanktionen gegen Russland und gleichzeitig die Notwendigkeit, das Niveau der Nahrungsmittelproduktion aufrechtzuerhalten. Ich unterstütze strenge Sanktionen, fordere aber auch, unbeabsichtigte Folgen für die globale Versorgung zu vermeiden.

3. Internationale Zusammenarbeit

Alle Akteure im Nahrungsmittelsektor sollten die globale Versorgung unterstützen und nicht nur auf eigene Interessen achten. Das ist etwa ein Appell an Regierungen, die über volle Getreidevorräte verfügen und diese auf den Markt bringen sollten. Es ist genauso ein Appell an globale Unternehmen, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten und die Krise nicht auszunutzen.

4. Fokus auf Kleinbauern

In Entwicklungsländern sorgen Subsistenzlandwirte für etwa 80 Prozent der verfügbaren Lebensmittel. Angesichts ihrer Bedeutung für die Welt müssen Regierungen und Unternehmen sicherstellen, dass Kleinbauern umfassende Unterstützung erhalten, um ihre landwirtschaftliche Produktion zu steigern.

5. Nachhaltige Intensivierung

Ich halte nichts davon, den EU Green Deal infrage zu stellen. Die Klimakrise ist nicht weg, sondern trägt im Gegenteil entscheidend zur globalen Nahrungsmittelkrise bei. Deshalb ist es gerade jetzt an der Zeit, frei von Ideologien und Emotionen, faktenbasiert und entschlossen zu agieren. Die Lösung ist aus meiner Sicht klar: Wir brauchen eine nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft. Und wir müssen in Deutschland anfangen, größer zu denken. Beim Ziel der Nahrungssicherheit wie bei der Klimaneutralität geht es nicht um 80 Millionen Menschen, sondern um 8 Milliarden.

6. Biologische Alternativen beim Dünger vorantreiben

Die aktuelle Knappheit von Dünger und die Abhängigkeit von Russland bei dessen Produktion gefährden die weltweite Versorgung. Stickstoffdünger ist die Basis für etwa 40 Prozent der globalen Nahrungsmittel, aber auch für etwa 4 Prozent aller Treibhausgas-Emissionen. Deshalb muss klar sein: Die Landwirtschaft von heute braucht Kunstdünger, aber die Zukunft braucht biologische Alternativen. Wie bei der Energieproduktion ist es beim Dünger ein ökologisches, ökonomisches und nun auch geopolitisches Gebot, auf biologische Verfahren zu setzen.

[Kommersant](#)

Bulgarien will kein Gas mehr von Gazprom kaufen

Bulgarien wird nach Auslaufen des derzeitigen Vertrags mit Gazprom kein russisches Gas mehr beziehen. Das Land werde sich nach alternativen Gasquellen umsehen und auf einen einheitlichen Vertrag mit der Europäischen Union hoffen, sagte der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister Asen Vassilev.

„Es gibt Alternativen. Die alten transbalkanischen Stromleitungen. Wir haben dort eine Kapazität von etwa 20 Mrd. Kubikmetern, die in beide Richtungen genutzt werden können, wir brauchen 3 Mrd. Kubikmeter. Es gibt Lieferungen aus Katar und Algerien. Dies ist eine europaweite Strategie. In den nächsten 1-2 Wochen wird auf europäischer Ebene über die Schaffung eines gemeinsamen Gasabkommens für die gesamte EU diskutiert. Wir gehen davon aus, dass dieser Mechanismus im Sommer funktionieren wird“, sagte Asen Vassilev dem bulgarischen Nationalradio.

Ihm zufolge verfügt Bulgarien über alternative Energiequellen, einschließlich Lieferungen aus Katar und Algerien. Außerdem plant die bulgarische Regierung, die bestehende Infrastruktur in Griechenland und der Türkei zu nutzen, um Flüssigerdgas zu kaufen und die Importe aus Aserbaidschan zu erhöhen, das bereits Gas in das Land exportiert.

Zurzeit importiert Bulgarien fast sein gesamtes Gas aus Russland. Der Gasliefervertrag mit Gazprom läuft im Juli 2022 aus.

[DW](#)

Wie sich der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen auf die Wirtschaft in den Regionen von Belarus auswirken

Kürzere Wochenarbeitszeiten, Entlassungen, Rohstoffknappheit, Unfähigkeit, das Geschäft auch nur kurzfristig zu planen... Die DW berichtet über die wirtschaftliche Lage in Belarus vor dem Hintergrund des russischen Einmarsches in der Ukraine.

Seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine haben sich die gegen Russland verhängten Sanktionen unmittelbar auf die belarussische Wirtschaft ausgewirkt. Die

offiziellen Behörden in Minsk und in der Region haben sich jedoch bisher bemüht, die Situation nicht zu dramatisieren.

Sollten die Unternehmen Hilfe vom Staat erwarten?

So äußerte sich beispielsweise der Vorsitzende des regionalen Exekutivkomitees von Brest, Juri Schuleika, gegenüber Journalisten der staatlichen Medien zur wirtschaftlichen Lage in der Region und zeigte sich zuversichtlich, dass es nur einige Zeit dauern werde, bis sich die Arbeit der Unternehmen unter den Bedingungen der Sanktionen stabilisiert habe.

„Die Wirtschaft im Gebiet Brest ist sehr vielseitig; die Landwirtschaft ist stark entwickelt, was nach heutigen Maßstäben gut ist, denn wir können die Ernährungssicherheit des Landes gewährleisten. Wir müssen uns ernsthaft um den Export bemühen, auch wenn sich der Markt der Russischen Föderation nun stärker öffnen wird“, sagte der Leiter der Region Brest. Gleichzeitig hofft er, dass die Regierung finanzielle Anreize für die Unternehmen verspricht, damit diese keinen starken Rückgang spüren.

In der Zwischenzeit sagte Finanzminister Juri Seliverstow im belarussischen Fernsehen, dass Steuererleichterungen im großen Stil derzeit nicht in Frage kämen, da dies, wie er sagte, "ein populistischer Schritt" wäre. Seliverstov zufolge muss Weißrussland jetzt mehr denn je seinen Verpflichtungen gegenüber dem Haushaltssektor und den Mitteln zur Finanzierung des Agrarsektors während der Aussaat nachkommen.

"Die Idee, dass wir ein sechsmonatiges Moratorium für Zahlungen an den Haushalt gewähren, kann natürlich nicht grundsätzlich umgesetzt werden", sagte der belarussische Finanzminister.

Absatzprobleme und Mangel an Rohstoffen

Die Informationen, die direkt von den belarussischen Unternehmen kommen, sind jedoch nicht ermutigend. Wie ein Mitarbeiter des Brester Werks Santa Bremor unter der Bedingung der Anonymität mitteilte, bereitet man sich darauf vor, das Personal zu reduzieren, um die Produktionskosten zu senken.

"Das Volumen ist drastisch gesunken - um mindestens das Dreifache. Bis vor kurzem wurden die Fischereierzeugnisse in die EU und die Ukraine geliefert, aber jetzt gibt es nur noch Weißrussland, Russland und kleine Lieferungen in die Vereinigten Arabischen Emirate", sagte die DW-Quelle. Ihm zufolge wurde im März damit begonnen, Mitarbeiter in den Urlaub zu schicken, und nun ist von Massenentlassungen die Rede: bis zu 1.000 Menschen könnten ihren Arbeitsplatz verlieren (derzeit sind es fast fünftausend Beschäftigte).

"In Brest haben wir die Linienbusse gestrichen, die die Bewohner der Vorstädte zum Unternehmen brachten. Sie haben auch die Kontrolle der Produktion sehr streng gemacht, um einen Grund für die Entlassung zu finden", teilte ein Mitarbeiter des Unternehmens "Santa Bremor" mit.

Auch die Holzverarbeitenden Betriebe der Region Brest haben große Probleme. So herrscht in Pinskdrv beispielsweise ein Mangel an Materialien für die Möbelproduktion, die früher

aus der Ukraine geliefert wurden. Dies führte dazu, dass die Arbeitnehmer eines der größten Unternehmen in Pinsk in den außerplanmäßigen Urlaub geschickt wurden.

Die Situation bei OJSC Ivatsevichdrev ist ähnlich: Das Unternehmen ist das stadtbildende Unternehmen und in hohem Maße von den Lieferungen für den EU-Markt abhängig. "Nach der Verhängung der Sanktionen haben die europäischen Partner begonnen, die Verträge zu kündigen, so dass die Aussichten des Unternehmens sehr schlecht sind", sagte eine Quelle in Iwatsewitschi der DW.

Auch kleine Unternehmen haben gelitten

Auch Unternehmer, die im Handel tätig sind, bekamen die Auswirkungen der Sanktionen zu spüren, wenngleich kleine Unternehmen nicht direkt betroffen zu sein schienen.

"Früher konnte man je nach Situation sowohl in Russland als auch in der Ukraine einkaufen, aber jetzt sind beide Märkte für uns verloren", sagt der Brestler Geschäftsmann Sergej. - Während der Handel mit der Ukraine aufgrund der Militäroperationen in diesem Land zum Erliegen gekommen ist, ist der russische Weg durch die Unmöglichkeit, nach der Verhängung von Sanktionen im Finanzsektor Zahlungen zu leisten, blockiert.

Der Geschäftsmann Anatolij aus Brest war gezwungen, sein Geschäft mit der Lieferung von Rohstoffen aus der Ukraine aufzugeben. Der Geschäftsmann sagt: "Mein Unternehmen hat früher Briketts und Brennstoffpellets aus dem Nachbarland geliefert. - Die Produkte wurden gut nachgefragt und wir waren mit ihnen zufrieden, so dass wir nicht einmal über alternative Angebote nachdachten. Aber dann begann der Krieg...". Anatoly hat eine Pause eingelegt und weiß noch nicht, ob er sein Geschäft weiterführen kann.

Die Prognosen der Experten sehen düster aus

Nach Ansicht von Experten werden die neuen Sanktionen, die in gewisser Weise mit dem Krieg in der Ukraine zusammenhängen, nicht nur einzelne belarussische Unternehmen (wie bisher), sondern auch ganze Branchen betreffen. Gleichzeitig glauben sie, dass ernsthafte Probleme beim Verkauf von Produkten und beim Kauf von Rohstoffen mit Sicherheit zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in Belarus führen werden.

Wie die Leiterin des Wirtschaftsteams im Büro von Swetlana Tichanowska feststellte, haben 40 westliche Länder (darunter die EU-Staaten, die USA, Kanada, die Schweiz und Norwegen) die Einfuhr von Erdöl, Erdölprodukten, Kali- und Stickstoffdüngern, Metallprodukten, Holz und Holzprodukten, Zement und Gummiwaren aus Belarus stark eingeschränkt.

"Insbesondere hat die Europäische Union die Einfuhr von etwa 70 % der von Belarus gelieferten Waren verboten. Die USA, Kanada und Großbritannien haben Weißrussland die Meistbegünstigung entzogen, was zu einer Erhöhung der Zölle auf weißrussische Exporte in diese Länder führen wird", so der Wirtschaftswissenschaftler in seiner Veröffentlichung auf Zerkalo.io.

Alekhnovich zufolge könnten die belarussischen Exporte aufgrund des Krieges in der Ukraine und der Sanktionen um etwa 40 Prozent zurückgehen, und für einige Unternehmen und Branchen wird der Rückgang sogar noch größer sein, so dass ihnen der Bankrott droht.

The Guardian

[Renault resumes car production in Moscow as rivals cut ties with Russia | Renault | The Guardian](#) (Arbeitsübersetzung)

Renault nimmt Autoproduktion in Moskau wieder auf, während Rivalen ihre Beziehungen zu Russland abbrechen. Die französische Regierung unterstützt den Schritt des Automobilherstellers, während Nestlé ebenfalls unter Druck gerät, sich aus dem Geschäft zurückzuziehen.

Der französische Automobilhersteller Renault hat die Produktion in seinen Werken in Moskau wieder aufgenommen und sich damit dem Trend vieler anderer großer globaler Unternehmen widersetzt, die ihre Beziehungen zu Russland wegen des Krieges gegen die Ukraine abgebrochen haben.

Renault hatte die Produktion in dem Werk im vergangenen Monat unter Berufung auf logistische Probleme nach der von Wladimir Putin angeordneten Invasion in der Ukraine eingestellt. Die Entscheidung von Renault, die Produktion wieder aufzunehmen, wird jedoch von der französischen Regierung unterstützt, die der Hauptaktionär des Unternehmens ist, wie aus von Reuters zitierten Quellen hervorgeht.

Renault besitzt seit Ende 2016 eine Zwei-Drittel-Beteiligung an dem russischen Automobilhersteller Avtovaz, nachdem das Unternehmen 2007 erstmals in den damals schnell wachsenden Markt investiert hatte. Das bedeutet, dass das Unternehmen mit 40.000 Mitarbeitern vor Ort über eine größere Präsenz im Land verfügt als die meisten anderen europäischen Konkurrenten. Dies stellt eine große Herausforderung dar, da die Regierungen der USA, Großbritanniens und der EU versuchen, Russland wirtschaftlich zu isolieren.

Avtovaz verkaufte im Jahr 2021 350.000 Fahrzeuge und bescherte Renault einen Gewinn vor Steuern in Höhe von 186 Mio. Euro (156 Mio. Pfund) - das sind etwa 12 Prozent der Gewinne des Unternehmens in diesem Jahr. Avtovaz begann als staatliches Unternehmen in der Sowjetunion und stellte unter den Marken Zhiguli und später Lada Autos her, die stark mit dem kommunistischen Regime in Verbindung gebracht wurden.

Während das Moskauer Werk wieder in Betrieb genommen wurde, teilte Avtovaz am Montag mit, dass es die Produktion in dieser Woche in einem großen Werk in Toljatti, einer Stadt an der Wolga, und einem weiteren in Izhevsk, einer Stadt 500 km nordöstlich, teilweise einstellt. Der Produktionsstopp wurde durch Engpässe bei elektronischen Bauteilen verursacht, hieß es.

Automobilhersteller auf der ganzen Welt haben Schwierigkeiten, Halbleiterchips zu beschaffen, die in allen möglichen Geräten vom Autoradio bis zum Scheibenwischer verwendet werden, und die russischen Fabriken werden wahrscheinlich noch weiter in der Warteschlange zurückfallen, da sich die wirtschaftliche Isolation des Landes vertieft. Zu den westlichen Sanktionen, die seit der Invasion gegen Russland verhängt wurden, gehört das Verbot von Halbleiterexporten.

Mehrere Unternehmen aus Europa und anderen reichen Volkswirtschaften sahen sich aufgrund des Drucks der Regierung und der Sanktionen gezwungen, Vermögenswerte in Russland abzuschreiben.

Authentic Brands, der Eigentümer der Sportbekleidungsmarke Reebok, teilte am Montag mit, dass er „alle Markengeschäfte und E-Commerce-Aktivitäten in Russland eingestellt“ habe. Die Marke, die als eine von mehreren westlichen Marken hervorgehoben wurde, die nur langsam Maßnahmen ergriffen haben, hat etwa 90 Geschäfte in Russland.

Die in Russland verbliebenen Unternehmen, darunter auch der Schweizer Nahrungsmittel- und Getränkekonzern Nestlé, sind zunehmend unter Druck geraten, ihre Geschäfte dort einzustellen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskij kritisierte Nestlé, das in Russland weiterhin "lebenswichtige" Produkte wie Babynahrung, Zerealien und einige Tiernahrung verkauft, in einer per Stream übertragenen Rede vor Tausenden von Demonstranten in der Schweizer Hauptstadt Bern am Samstag.

Nestlé hat den Verkauf von „nicht lebensnotwendigen“ Artikeln wie Kaffeepads nach Russland gestoppt, hat die Unterstützung durch Werbung eingestellt und sagt, dass es mit den Waren, die es weiterhin dort verkauft, keinen Gewinn macht.

„Die Tatsache, dass wir, wie andere Lebensmittelunternehmen auch, die Bevölkerung mit wichtigen Lebensmitteln versorgen, bedeutet nicht, dass wir einfach weitermachen wie bisher“, so Nestlé in einer Erklärung.

Einige bekannte US-amerikanische und britische Einzelhandelsmarken sind weiterhin in Russland tätig, da sie nicht in der Lage waren, unabhängige Franchise-Betreiber zur Schließung zu zwingen.

Der Eigentümer von Burger King, Restaurant Brands International, teilte letzte Woche mit, dass die Fast-Food-Restaurants weiterhin unter seiner Marke betrieben werden, weil sich der ehemalige russische Partner geweigert hatte, den Betrieb einzustellen. Andere Unternehmen, die sich in einer ähnlichen Situation befinden, sind der britische Einzelhändler Marks & Spencer und die Hotelgruppen Accor und Marriott.

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Der ukrainische Energiekonzern DTEK bietet einen Newsletter an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaI@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

dpa:

EU-Gipfel soll Solidaritätsfonds für Ukraine schaffen

Beim bevorstehenden EU-Gipfel soll ein Solidaritätsfonds für die Ukraine beschlossen werden. Das geht aus einem Entwurf für die Abschlusserklärung hervor, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Darin heißt es: "Angesichts der Zerstörungen und enormen Verluste, die der Ukraine durch die militärische Aggression Russlands entstanden sind, verpflichtet sich die Europäische Union, die ukrainische Regierung bei ihrem unmittelbaren Bedarf und nach Beendigung des russischen Angriffs beim Wiederaufbau einer demokratischen Ukraine zu unterstützen." Dazu soll auch eine Geberkonferenz organisiert werden.

Ins Gespräch gebracht hatte den Solidaritätsfonds Ende vergangener Woche EU-Ratspräsident Charles Michel nach einem Telefonat mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Als Grund wurde genannt, dass die Ukraine Zugang zu internationaler Liquidität benötige, um den Import von Gütern des täglichen Bedarfs und militärischer Ausrüstung zu finanzieren. Unter den derzeitigen Umständen sei das Land nicht in der Lage, Anleihen auf dem internationalen Finanzmarkt auszugeben. Auch private Investitionen würden abgezogen.

Der Fonds soll den Angaben zufolge zunächst das Funktionieren der Behörden sowie die Fortsetzung der Verteidigungsbemühungen gegen Russland und Nothilfe sicherstellen. Langfristig könnten dann massive Investitionen für den Wiederaufbau der Wirtschaft finanziert werden, um die Ukraine wirtschaftlich im Westen zu verankern.

EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](#)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses:

#WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunft

Vermittlung von Unterkünften für mehrere Wochen: www.unterkunft-ukraine.de (Ukr/Rus)

Angebot der Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](https://spacesforukraine.org/); For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>

- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
- Kostenloser Sprachkurs des Goethe-Institut für Flüchtlinge (Kontakt): julia.franziska.mahnkopf@goethe.de
- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YIxuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): [germany4ukraine](https://www.germany4ukraine.de/)

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](https://www.bme-ev.de/infopoint-ukraine-konflikt)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt inzwischen eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine
Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

SPENDENAUFTRUF

Hilfe für die Bevölkerung der Ukraine / Koordinierte Vorgehensweise der Verbände der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie sowie des Pharmazeutischen Großhandels

Mit großer Betroffenheit sehen wir das durch den russischen Angriffskrieg verursachte Leiden der Bevölkerung in der Ukraine. Viele Unternehmen engagieren sich bereits in privaten Hilfsprojekten, die es deutschlandweit gibt. Dies begrüßen wir sehr, und diese sollen auch weiter unterstützt werden.

Aufgrund des absehbaren großen Bedarfs an medizinischen Gütern aller Art erreichten uns allerdings zahlreiche Anfragen von Mitgliedsunternehmen, ob die Verbände die humanitäre Hilfe koordinieren können, um den Menschen im Kriegsgebiet bestmöglich zu helfen. **Hierzu haben sich die Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels in den letzten Tagen abgestimmt und bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an.** Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen.

Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

Um eine schnelle und effiziente Hilfe für die Menschen in der Ukraine zu gewährleisten, haben die Verbände die folgende Vorgehensweise abgestimmt:

Von Seiten der Ukraine wurde der Europäischen Kommission eine Liste benötigter medizinischer Güter zur Verfügung gestellt, die die Grundlage für Spenden sein sollte. Der Verband des pharmazeutischen Großhandels hat diese Liste mit den Pharmazentralnummern (PZN) der benötigten Arzneimittel und Medizinprodukte verknüpft und aktualisiert diese regelmäßig.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de).

Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[❤ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](https://www.aktion-deutschland-hilft.de)

Unicef

[Ukraine-Krise: Krieg in der Ukraine bedroht Millionen Kinder | UNICEF](https://www.unicef.org/ukraine)

Unterstützung für Berichterstatter

Netzwerk Recherche, n-ost, FragDenStaat, Reporter ohne Grenzen und die taz Panter Stiftung haben eine Spendenaktion gestartet. Von diesem Geld werden Schutzausrüstungen für die Reporterinnen und Reporter gekauft, Unterkünfte bezahlt und eine psychologische Unterstützung organisiert.

Hier können Sie spenden:

<https://www.betterplace.org/de/projects/106590-unterstuetzung-fuer-journalist-innen-in-der-ukraine>

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Informations-Plattform für Hilfsmöglichkeiten (englisch)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](https://supportukrainenow.org)

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

